

Eingegangen

28. Dez. 2021

Gemeinde Niederdorfelden



MAIN-KINZIG-KREIS

Erste Kreisbeigeordnete

Susanne Simmler

Barbarossastraße 24

63571 Gelnhausen

Telefon: 06051/85-10020

Telefax: 06051/85-10024

E-Mail: Susanne.Simmler@mkk.de

Datum: 23.12.2021

MAIN-KINZIG-KREIS · Barbarossastraße 24 · 63571 Gelnhausen

Herr Bürgermeister
Klaus Büttner
Burgstr. 5
61138 Niederdorfelden

Aktuelles Migrationsgeschehen und Auswirkungen auf die Unterbringungssituation in den Städten und Gemeinden des Main-Kinzig-Kreises

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Büttner, *über Maus,*

wie bereits in der Bürgermeisterkreisversammlung am 15. November diskutiert müssen wir uns kurzfristig darauf einstellen, dass die Zuweisungen des Landes bzw. des Regierungspräsidiums von geflüchteten Menschen ansteigen wird. Mit Schreiben vom 23.08.2021, in dem Ihnen der bislang geltende Beschluss des Kreisausschusses für die Verteilung von Geflüchteten nach dem Hessischen Landesaufnahmegesetz zur Kenntnis gegeben worden ist, haben wir bereits informiert, dass das Land Hessen einen deutlich höheren Flüchtlingszustrom prognostizierte als in den vergangenen Monaten und Jahren.

Aus diesem Grund hat der Kreisausschuss in seiner Sitzung vom 21.12.2021 eine neue Verteilerquote beschlossen (s. Anlage), die ein deutlich höheres Aufnahmesoll des Landkreises und der kreisangehörigen Städte und Gemeinden aufweist. Das Hessische Ministerium für Soziales und Integration hat in einem aktuellen Schreiben zum Migrationsgeschehen vom 12.11.2021 (s. Anlage) nochmals eindringlich darauf hingewiesen, dass die wöchentlichen Zuweisungen in die Landkreise und kreisfreien Städte in Hessen auf bis zu 650 Personen angehoben werden. Für den Main-Kinzig-Kreis würde dies eine Verdoppelung der Neuzuweisungen auf bis zu 50 Personen wöchentlich bedeuten

Darüber hinaus wurden seit Juli 2021 75 afghanische Ortskräfte im Main-Kinzig-Kreis aufgenommen.

Der beschriebene Anstieg ist also bereits jetzt nicht nur in unserer kreiseigenen Gemeinschaftsunterkunft, sondern auch in allen Städten und Gemeinden des Landkreises spürbar.

Ich danke vor allem Ihnen und Ihren Kolleginnen und Kollegen für die gute und konstruktive Zusammenarbeit.

Wie bereits besprochen kennen wir alle die sehr angespannte Wohnraumlage. Es ist jedoch aufgrund der Ankündigungen notwendig, dass wir als Landkreis und die Kreiskommunen jetzt Vorkehrungen treffen.

Meine Verwaltung hat auf dieser Basis einen „4-Stufen-Aktionsplan“ erstellt, den ich Ihnen beigefügt als dringende Handlungsempfehlung übersende. Bis spätestens Ende des I.

Quartals 2022 muss es uns aus meiner Sicht gelungen sein, durch Maßnahmen der Stufen 1 und 2 eine Steigerung der Belegkapazitäten in der kreiseigenen Gemeinschaftsunterkunft sowie in allen Unterkünften der Kreiskommunen zu erreichen.

Für die kreiseigene Gemeinschaftsunterkunft Hof Reith bedeutet dies beispielsweise, dass die Errichtung einer Containeranlage auf dem Außengelände beauftragt wurde und ein Teil der für mögliche Quarantänesituationen reservierten Räumlichkeiten mit Neuzuweisungen belegt werden.

Unser Sozialarbeiter arbeitet vorrangig daran, gezielt die Fehlbeleger, also bleibeberechtigte Menschen oder Geflüchtete mit ausreichendem Einkommen dem freien Wohnungsmarkt zuzuführen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Situation in unseren Städten und Gemeinden ist uns mehr als bewusst, weil wir mit Ihnen seit vielen Jahren diese Problematik diskutieren, von der Finanzierung ganz abgesehen. Leider berichtet mir das zuständige Fachamt aber auch, dass die Rückmeldungen der Kreiskommunen zu Abfragen freier Unterbringungskapazitäten eher als sehr lückenhaft und zeitversetzt zu bezeichnen sind. Wir alle kennen die Situation, allerdings benötigen auch wir hier realistische Grundlagen, um unsere Planungen aufsetzen zu können.

Mir wird darüber hinaus berichtet, dass es immer schwieriger wird, die wöchentlichen Neuzuweisungen im Einvernehmen mit den Kreiskommunen unterzubringen – lassen Sie uns hier gemeinsam Wege finden, wie wir es in der Vergangenheit auch getan haben.

Ich möchte Sie darüber informieren, dass Stefan Erb als Sprecher der Bürgermeisterkreisversammlung und ich als zuständige Dezernentin uns mit einem eindringlichen Appell nochmals an die Landesregierung wenden werden, gerade in der derzeitigen Corona-Situation Kapazitäten eher auf zentraler Landesebene zu schaffen. Wir lassen Ihnen dieses Schreiben anschließend ebenfalls zukommen.

Ich möchte ebenfalls darüber informieren, dass wir als Main-Kinzig-Kreis auch in diesem Jahr einen finanziellen Beitrag leisten werden zum Ausgleich ungedeckter Unterbringungskosten und zur Integration der Menschen in den Städten und Gemeinden.

Der Kreisausschuss hat am 21.12.2021 außerdem das in meiner Verwaltung zuständige Amt für Sicherheit, Ordnung, Migration und Integration damit beauftragt, die Verhandlungen mit allen Städten und Gemeinden zur künftigen Finanzausstattung per Verwaltungsvereinbarung aufzunehmen. Ich bin zuversichtlich, dass diese in der ersten Jahreshälfte 2022 mit allen 29 Kreiskommunen abgeschlossen werden können.

Ich richte heute allerdings nochmals die dringende Bitte an uns alle, an euch alle, dafür Sorge zu tragen, dass wir unserer Verantwortung gerecht werden, auch wenn uns dies vor Herausforderungen stellt.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, das aktuelle Migrationsgeschehen und die nach wie vor unklare Entwicklung stellt uns alle vor eine große – gleichzeitig aber nicht unbekannt – Herausforderung, die wir wie in der Vergangenheit auch nur gemeinsam meistern können.

Für die bisherige gute Zusammenarbeit und Kooperation bedanke ich mich.

Wir werden Sie bzw. Ihre Arbeitsebene selbstverständlich auch weiterhin zeitnah über den aktuellen Stand der Entwicklungen informieren.

Herzliche Grüße

Susanne Simmler
Erste Kreisbeigeordnete